Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4750**

17. Wahlperiode 10. 02. 2011

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Thomas Gambke, Britta Haßelmann, Lisa Paus, Dr. Gerhard Schick, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Katrin Göring-Eckardt, Priska Hinz (Herborn), Beate Müller-Gemmeke, Ingrid Nestle, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grünbuch der Europäischen Kommission zur Reform der Mehrwertsteuer

Am 1. Dezember 2010 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch „Über die Zukunft der Mehrwertsteuer – Wege zu einem einfacheren, robusteren und effizienteren MwSt.-System" veröffentlicht. Darin bemängelt die EU-Kommission besonders die Komplexität des bestehenden Systems, die hohen Befolgungskosten für Unternehmen und die Betrugsanfälligkeit des aktuellen Systems. Die Kommission regt eine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems an und fordert im Zuge dessen eine Grundsatzdebatte über die Ausgestaltung des gesamten Mehrwertsteuersystems sowie eine Debatte über Einzel- und Detailaspekte des aktuellen Systems.

Während auf europäischer Ebene damit der Anstoß für eine Weiterentwicklung des europäischen Mehrwertsteuersystems gegeben wurde, hat die Bundesregierung im November 2010 die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der deutschen Umsatzsteuer, insbesondere ihres ermäßigten Satzes beschlossen. Die Reform der Umsatzsteuer wurde auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für diese Legislaturperiode angekündigt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung das Grünbuch der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Problemanalyse des bestehenden Mehrwertsteuersystems innerhalb der EU?
2. Wie bewertet die Bundesregierung das bestehende Mehrwertsteuersystem der EU im Hinblick auf Komplexität?
3. Wie bewertet die Bundesregierung das bestehende Mehrwertsteuersystem der EU im Hinblick auf bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Verwaltungen?
4. Wie bewertet die Bundesregierung das bestehende Mehrwertsteuersystem der EU im Hinblick auf Betrugsanfälligkeit?
5. Wie bewertet die Bundesregierung ein mögliches gemeinsames Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden Umsätzen die Besteuerung im Ursprungsland der Ware oder Dienstleistung vorsieht?

6. Welche Vor- und welche Nachteile sieht die Bundesregierung bei einem gemeinsamen Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden Umsätzen die Besteuerung im Ursprungsland der Ware oder Dienstleistung vorsieht, für die einheimische Wirtschaft und Verwaltung?
7. Wie bewertet die Bundesregierung das aktuelle Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden B2B-Umsätzen die Besteuerung im Bestimmungsland der Ware oder Dienstleistung vorsieht, während für B2C-Umsätze andere Reglungen gelten?
8. Welche Vor- und welche Nachteile sieht die Bundesregierung beim gemeinsamen Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden B2B-Umsätzen die Besteuerung im Bestimmungsland der Ware oder Dienstleistung vorsieht, für B2C-Umsätze aber andere Regelungen vorsieht, für die einheimische Wirtschaft und Verwaltung?
9. Wie bewertet die Bundesregierung ein mögliches gemeinsames Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden Umsätzen die generelle Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens vorsieht?
10. Welche Vor- und welche Nachteile für einheimische Unternehmen und Verwaltungen sieht die Bundesregierung bei einem gemeinsamen Mehrwertsteuersystem, das bei grenzüberschreitenden Umsätzen die generelle Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens vorsieht?
11. Wird es nach Einschätzung der Bundesregierung mittelfristig einen Systemwechsel des europäischen Mehrwertsteuersystems geben, oder wird das bisherige System über einen längeren Zeitraum weiter Bestand haben?
12. Hält die Bundesregierung einen Systemwechsel des europäischen Mehrwertsteuersystems für sinnvoll, oder bevorzugt sie das bisherige System?
13. Welche Begründung hat die Bundesregierung für ihre Position bezüglich Frage 12?
14. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass das bisherige europäische Mehrwertsteuersystems das Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigt (vgl. KOM(2010) 695 endgültig, S. 5)?
15. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen deutsche Unternehmen ihren Vorsteuerabzug in EU-Mitgliedstaaten trotz Rechtmäßigkeit nicht geltend machen konnten, und wenn ja, in welchen Mitgliedstaaten der EU sind der Bundesregierung Probleme bei der Erstattung der Vorsteuer bekannt?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass es innerhalb der EU keine einheitlichen Formulare für die Umsatzsteuervoranmeldung oder zur Mehrwertsteuererklärung gibt?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, eine EU-weit einheitliche Mehrwertsteuererklärung auszuarbeiten und für die Mitgliedstaaten für verbindlich zu erklären (vgl. KOM(2010) 695 endgültig, S. 18)?
18. Welche konkreten Zahlen liegen der Bundesregierung im Hinblick auf die Befolgungs- und Bürokratiekosten für Unternehmen in Zusammenhang mit der Erhebung und dem Vollzug der Mehrwertsteuer vor?
19. Wie bewertet die Bundesregierung das aktuelle Mehrwertsteuersystem im Hinblick auf den Grundsatz der Unmerklichkeit der Mehrwertsteuer?

20. Wie bewertet die Bundesregierung den Vereinfachungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung einer einzigen Anlaufstelle für Unternehmen bei B2C-Umsätzen (vgl. KOM(2010) 695 endgültig, S. 20, KOM(2004) 728?

21. Wie bewertet die Bundesregierung den Vereinfachungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung verbindlicher Online-Datenbanken mit Gegenständen und Dienstleistungen, für die ermäßigte Steuersätze gelten (vgl. KOM(2010) 695 endgültig, S. 17)?

22. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf für eine Neufassung der umsatz- bzw. mehrwertsteuerlichen Organschaft, und wenn ja, welche Ziele sollen durch eine Neufassung nach Meinung der Bundesregierung erreicht werden, und sollte hier eine gemeinsame europäische Lösung angestrebt werden?

23. Hält die Bundesregierung die Maßnahmen zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs auf europäischer Ebene für ausreichend, und wenn nein, wo sieht die Bundesregierung verstärkten Handlungsbedarf?

24. Hält die Bundesregierung einen Ausbau der gemeinschaftlichen Datenbanken mit Informationen über Mehrwertsteuerpflichtige und ihre innergemeinschaftlichen Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen für sinnvoll, und wenn ja, in welcher Form sollte dieser Ausbau betrieben werden?

25. Wäre es nach Meinung der Bundesregierung sinnvoll, wenn die Kleinunternehmerregelungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU stärker harmonisiert würden?

26. Wie beurteilt die Bundesregierung die wettbewerbsverzerrende Wirkung des ermäßigten Umsatz- bzw. Mehrwertsteuersatzes?

27. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, Änderungen des europäischen Mehrwertsteuerrechts auf dem Wege einer Verordnung des Europäischen Rates zu verabschieden (vgl. KOM(2010) 695 endgültig, S. 15)?

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Neutralität des bestehenden Mehrwertsteuersystems, insbesondere im Hinblick auf die Besteuerung öffentlicher Einrichtungen?

29. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf im Hinblick auf die Schaffung einer stärkeren Neutralität der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer?

30. Befürwortet die Bundesregierung eine Reform bzw. Überprüfung der Mehrwertsteuerbefreiungen auf Ebene der EU?

31. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei den nationalen Regelungen für Mehrwertsteuerbefreiungen?

32. In welchem Turnus wird die Kommission der Bundesregierung zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze in der Bundesrepublik Deutschland tagen?

33. Gibt es konkrete Modelle oder Vorlagen, die in der Regierungskommission zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze thematisiert werden, und wenn ja, welche (vgl. www.bz-berlin.de/aktuell/deutschland/mehrwertsteuer-kommt-die-reform-article1040098.html)?

34. Inwiefern berücksichtigt die Regierungskommission zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze die aktuelle Diskussion auf Ebene der EU zur Reform des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems?

35. Befasst sich die Regierungskommission zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze auch mit den nicht europarechtskonformen Ermäßigungen des deutschen Umsatzsteuergesetzes (Beispiel Renn- und Dressurpferde), und strebt die Regierungskommission hier Änderungen an, damit das deutsche Umsatzsteuergesetz den europarechtlichen Vorgaben entspricht (sollte die Bundesregierung hier keine Änderungen planen, begründen Sie bitte, warum eine nicht europarechtskonforme Ermäßigung weiter beibehalten werden soll)?
36. Wann wird die Regierungskommission zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze eine abschließende Empfehlung an die Bundesregierung abgeben?
37. Wann wird es einen Zwischenbericht der Regierungskommission zur Überarbeitung der ermäßigten Umsatzsteuersätze geben?
38. Wann plant die Bundesregierung die Reform der Umsatzsteuer gesetzgeberisch umzusetzen?

Berlin, den 10. Februar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333